

Für eine bessere Überwachung von Perus Wäldern

Wie eine gute Finanzplanung den illegalen Holzeinschlag mindern kann

Eine Maßnahme im Rahmen des Programms Beitrag zu den Umweltzielen Perus II

Vom größten peruanischen Hafen Callao aus laufen täglich zahlreiche Schiffe in alle Himmelsrichtungen aus. Sie transportieren vor allem Erze, Fisch, landwirtschaftliche Produkte und Textilien. Nur sehr wenige haben Holz aus den Amazonas-Wäldern an Bord.

Obwohl Peru 73 Millionen Hektar Wald besitzt, was mehr als der doppelten Landesfläche Deutschlands entspricht, machen die Holzexporte gegenwärtig nur 0,3 Prozent der Gesamtexporte des Landes aus. Dies liegt unter anderem daran, dass nur wenige peruanische Unternehmen in der Lage sind, die legale Herkunft ihres Holzes nachzuweisen. Zudem ist die Überwachung der Wälder gering.

„Der illegale Holzeinschlag und Handel fügt unserem Forstsektor großen Schaden zu“, sagt Martín Villafuerte vom Kontrollpunkt der peruanischen Forstverwaltung (Serfor) im Hafen von Callao. „Es handelt sich dabei um unlauteren Wettbewerb, der formelle Betriebe vom Markt drängt“, fügt er hinzu. Denn die illegalen Holzfäller haben keine Rechte zur Waldnutzung. Sie haben auch keine Waldbewirtschaftungspläne und erfüllen nicht die Vorschriften zur Rückverfolgbarkeit von Holz.

„Illegaler Holzeinschlag zerstört den Wald und schädigt damit die Umwelt“, sagt Villafuerte, der bei der Forstverwaltung für die Ausgabenplanung zuständig ist. Zudem führt der Raubbau an der Ressource Wald auch zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen, denn ein gesunder Wald bietet der örtlichen Bevölkerung langfristig Einkommensmöglichkeiten.

Die illegalen Holzfäller nutzen dabei die Schwäche des Staates aus. In Peru sind verschiedene Behörden für die Überwachung der Wälder zuständig. Es hapert an der Zusammenarbeit zwischen

ihnen. Außerdem setzen sie ihre ohnehin knappen Budgets in ineffizienter Weise zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags ein.

Darum arbeiteten zwei der wichtigsten Behörden des Sektors, die Forstverwaltung sowie die Forstaufsicht (Osinfor), daran, ihre Zusammenarbeit zu verbessern und die Waldüberwachung zur Verhinderung von illegalem Holzeinschlag als eigenständiges Thema im Haushaltsprogramm des Forstsektors zu etablieren. Die GIZ, im Auftrag des BMZ, beriet sie dabei. Das peruanische Wirtschafts- und Finanzministerium nahm 2020 das neue Thema in das Haushaltsprogramm auf.

Das tut den Wäldern gut, denn sowohl die Forstverwaltung und die Forstaufsicht als auch die regionalen Forstbehörden müssen nun für dieses neue Thema – die Überwachung des Waldes – messbare Ziele festlegen. Wenn die Ziele erreicht werden, könnten sie zusätzliche Gelder für weitere Aktivitäten anfordern.

Sie müssen nun auch ihre Budgets gemeinsam planen und sind dadurch gezwungen, ihre Arbeit besser zu koordinieren, sagt der Forstbeamte Villafuerte. Fordert die Forstverwaltung beispielsweise vom Wirtschafts- und Finanzministerium Gelder für die Waldüberwachung in einer Region an, werden diese Gelder künftig direkt an die Regionalregierung überwiesen. „So wird Doppelarbeit – in diesem Fall zwischen Forstverwaltung und Regionalregierung – vermieden“, erklärt Villafuerte. Ziel ist es, dass die verschiedenen Forstbehörden die Aktivitäten von der Holzgewinnung im Wald bis zum Transport in die Sägewerke effizienter überwachen. So kann man verhindern, dass illegales Holz in die legale Lieferkette gelangt.



Peru besitzt 73 Millionen Hektar Wald und damit ein großes Potenzial für die Entwicklung des Forstsektors. Jedoch nutzen die illegalen Holzfäller die Schwäche des Staates aus. Verschiedene Behörden sind für die Überwachung der Wälder zuständig, aber es hapert an der Zusammenarbeit zwischen ihnen.



Im Hafen von Callao überprüfen Mitarbeiter*innen der Forstverwaltung und Zollbehörde gemeinsam eine Ladung Schnittholz. Wenn Peru den Export von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung und nachweislich legaler Herkunft steigert, trägt dies zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei. Dabei soll das neue Haushaltsprogramm helfen.

Mit Unterstützung der GIZ schult die Forstverwaltung aktuell Mitarbeiter*innen der Regionalregierungen im peruanischen Amazonastiefland darin, die Waldüberwachung in Abstimmung mit den anderen Behörden durchzuführen. Zudem werden sie darin ausgebildet, das neue Thema des Haushaltsprogramms in ihren Budgets anzuwenden.

Im Hafen von Callao überprüfen Mitarbeiter*innen der Forstverwaltung und Zollbehörde gerade gemeinsam eine Ladung Schnittholz, die nach Mexiko gehen soll. Die Papiere sind in Ordnung, das Holz kann verladen werden.

Die peruanische Forstverwaltung will in Zukunft weitere relevante Behörden in das Haushaltsprogramm integrieren, wie den Zoll, die Polizei und auf Umweltdelikte spezialisierte Staatsanwälte. Die Behörde arbeitet nun daran, die Überwachung auf weiteren Etappen der Wertschöpfungskette auszudehnen. So soll zukünftig der Transport von Holz aus den Sägewerken im Amazonasgebiet in die Hauptstadt Lima und weiter bis zum Export nach Übersee überwacht werden können. Wenn Peru den Export von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung und nachweislich legaler Herkunft steigert, dann trägt dies zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei.

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn
Beitrag zu den Umweltzielen Perus II
Av. Los Incas N°172, Piso 6, San Isidro
T +51 (1) 441 2500 / 441 1454
www.giz.de

Autor*innen: Armando Aguirre, Cinthya Bao

Texteditor: Thomas Wagner

Verantwortlich: Holger Treidel

Fotos: © GIZ/Diego Pérez (S. 1, Foto 1)

© GIZ/Thomas J. Müller (S. 1, Foto 2)

© Serfor/Christian Abramonte (S. 2, Foto 1)

© Serfor/David Piaggio (S. 2, Foto 2)

Stand: Dezember 2020

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)